

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [„Wir können nicht mehr“: Rathauschefs warnen Merz in Brandbrief vor Finanz-Kollaps](#)
2. [Kriegstüchtige Geheimdienste](#)
3. [Kleinlaute Selbstherrlichkeit](#)
4. [Dem Kriegsgeschrei entgegen](#)
5. [„Nein, meine Söhne geb' ich nicht“](#)
6. [Zur alltäglichen Korruption: Recht und billig](#)
7. [Aufrüstung als Sackgasse: Militärische Zeitenwende](#)
8. [Wird die Schweiz aus Schaden klug?](#)
9. [„Shutdown“ in den USA Bund will Gehalt der US-Armee-Beschäftigten zahlen](#)
10. [Riesige CO2-Emissionen: Superreiche für mehr CO₂ verantwortlich als 118 Länder](#)
11. [„Nicht der Untergang der Menschheit“: Bill Gates ändert offenbar seine Haltung zum Klimawandel](#)
12. [„Pfizergate“: EU-Lobbyist zeigte von der Leyen an – Banken sperren jetzt seine Konten](#)
13. [mRNA: „Spike-Proteine nach Impfung offenbar lange in Blut und Gewebe“](#)
14. [Abschiebehaft ohne richterliche Anordnung verfassungswidrig](#)
15. [»Die AfD will die NS-Zeit entsorgen...“](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **„Wir können nicht mehr“: Rathauschefs warnen Merz in Brandbrief vor Finanz-Kollaps**

13 Oberbürgermeister deutscher Landeshauptstädte wenden sich mit einem

Brandbrief an Kanzler Friedrich Merz. Die Kommunen seien finanziell am Limit. Die Rathauschefs der Landeshauptstädte aller 13 deutschen Flächenländer wenden sich einem Zeitungsbericht zufolge wegen der kommunalen Finanzmisere an Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und die Ministerpräsidenten der Länder. „Die Schere zwischen kommunalen Einnahmen und Ausgaben öffnet sich immer weiter“, warnen sie in einem Brandbrief, aus dem die „Süddeutsche Zeitung“ zitiert.

Quelle: [Tagesspiegel](#)

2. **Kriegstüchtige Geheimdienste**

Die deutschen Geheimdienste – Militärischer Abschirmdienst (MAD), Bundesnachrichtendienst (BND) und Verfassungsschutz – warnen vor sogenannten hybriden Angriffen Russlands in Deutschland und fordern in diesem Zusammenhang von der Politik größere rechtliche Handlungsspielräume. Um die Befugnisse des MAD auszuweiten, hat Verteidigungsminister Boris Pistorius bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt. Dieser sieht auch eine Ausweitung der Befugnisse der Militärpolizei auf den zivilen Bereich und eine Beschleunigung der Sicherheitsüberprüfung von Rekruten vor. Die Präsidenten der Geheimdienste räumen dabei ein, dass die „hybriden Angriffe“, für die sie Russland verantwortlich machen, sich gerade dadurch auszeichnen, dass die verantwortlichen Akteure nicht eindeutig zu bestimmen sind. Umgekehrt drohen Kritiker der Ukraine-Politik der Bundesregierung unter Generalverdacht gestellt zu werden, Agenten der russischen hybriden Kriegführung zu sein. Mit dem Diskurs um die „hybride Kriegführung“ verwischen Geheimdienstler, Medien und Politiker nicht nur die Grenze zwischen Kritikern der deutschen Regierung und Agenten Russlands, sondern auch die Grenze zwischen Krieg und Frieden.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

3. **Kleinlaute Selbstherrlichkeit**

Die nunmehr in Brüssel ebenfalls gescheiterte Idee, bis zu 140 Milliarden Euro in Form eines Darlehens an die Ukraine auszus zahlen, stammte von Ursula von der Leyen, lebhaft unterstützt durch Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) („Wir brauchen einen neuen Impuls, (um) den tapferen Ukrainern neue Hoffnung“ zu geben) und Vizekanzler Lars Klingbeil („Putin wird für seinen Krieg bezahlen“).

Der belgische Premierminister Bart de Wever, in dessen Land die Vermögenswerte der russischen Zentralbank angelegt sind, sieht das anders. Ihn treibt die berechnete Angst, das ganze Konstrukt sei illegal und am Ende müsse Brüssel dafür geradestehen. „Stellen Sie sich vor, wir müssten nächstes Jahr oder in zwei Jahren 180 Milliarden Euro plus Entschädigungen zahlen. Das ist doch völliger Wahnsinn.“ Schon vor Gipfelbeginn warnte er: „Wenn wir Putins Geld wegnehmen, wird er unser Geld wegnehmen.“ Eine Haltung, die nur auf den ersten Blick vom Glauben an die

Grundsätze des internationalen Rechts geprägt ist. Hier spielt wohl eher die kapitalistische Logik eine Rolle. Wovon der flämische Politiker nämlich nicht redet: Der belgische Staat zieht aufgrund eines Spezialgesetzes jährliche Steuereinnahmen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro aus der Verzinsung des eingefrorenen Vermögens.

Quelle: [unsere zeit](#)

4. **Dem Kriegsgeschrei entgegen**

In einer von Gleichgültigkeit und Kriegsrhetorik geprägten Gesellschaft kann echter Wandel nur gelingen, wenn Menschen in der realen physischen Welt zusammenkommen und für Frieden eintreten.

Der Mensch gewöhnt sich an vieles, wenn er nur lang genug damit konfrontiert ist. Das ist wohl eine seiner größten Stärken und Schwächen zugleich. Die Ukraine und der Gazastreifen sind nur die beiden prominentesten Regionen, in denen aktuell Dinge passieren, die man kaum ertragen kann. Und doch ertragen wir es und gewöhnen uns Schritt für Schritt an die Militarisierung der Sprache und des Alltags, bis wir wieder für möglich halten, was man einst unter der Formel „nie wieder“ als uneinnehmbar angesehen hat. In einer solchen Welt Frieden zu praktizieren, ist nicht leicht, aber notwendig. Denn genau das ist Frieden: eine Praxis.

Quelle: [Manova](#)

5. **„Nein, meine Söhne geb' ich nicht“**

Der Wille zur neuen deutschen Kriegsfähigkeit ist zu einer Gefahr für Demokratie und Menschenrechte geworden.

Eigentlich ist bekannt, dass die Reden der Abgeordneten aller Parteien in den Bundes- und Landesparlamenten gut protokolliert sind. Daher ist es etwas unverständlich, dass die bayerische Landtagsfraktion der Grünen nun noch einmal Reden von Landtagsabgeordneten dokumentiert und analysiert. Aber es handelt sich nicht um ihre eigenen Reden, sondern um die der Konkurrenten von der AfD.

Nun kann nichts schaden, sich ausführlicher mit den Auslassungen des politischen Gegners zu befassen. Das könnte unter Umständen auch Hinweise auf eigene Schwachpunkte geben oder als Warnung dienen, dass man keineswegs so agieren sollte, dass der politische Gegner dadurch gestärkt wird. Doch auch das ist nicht das Ziel der Dokumentation der bayerischen Grünen. Die Fleißarbeit, an der bestimmt nicht wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Grünen beteiligt waren, hat das Ziel, Argumente für ein AfD-Verbot zu sammeln.

Quelle: [Overton Magazin](#)

6. **Zur alltäglichen Korruption: Recht und billig**

Alles ist furchtbar teuer geworden. Alles? Nicht ganz. Für schlappe 2.000 Euro kann man sich einen deutschen Parlamentarier kaufen – so zumindest der Eindruck, den eine „Spendenkampagne“ der Rheinmetall-Tochter Blackned hinterlässt. Blackneds

Geschäftsmodell konzentriert sich nach eigenen Angaben auf die „Digitale Überlegenheit im Gefechtsfeld“. Im Februar hatte das Rüstungsunternehmen gezielt Politiker aus dem Verteidigungs- und Haushaltsausschuss angeschrieben, um – wie es in der Mail hieß – „Abgeordnete, die im Rahmen ihrer Aufgaben für die Ausrüstung der Bundeswehr speziell im digitalen Umfeld einen Beitrag leisten, bei Ihren (sic) Wahlkämpfen (...) mit einer kleinen Summe zu unterstützen“.

Quelle: [unsere zeit](#)

7. **Aufrüstung als Sackgasse: Militärische Zeitenwende**

Die aktuelle Aufrüstungspolitik führt in eine Sackgasse. Daher sollten wir uns dringend vom Mythos der propagierten Wehrhaftigkeit verabschieden. [...]

Nachrüstung sei notwendig, weil Europa wehrhafter werden müsse, sagen die FürsprecherInnen. Doch schon jetzt sind die europäischen Nato-Staaten hinsichtlich Wirtschaftsleistung, Verteidigungsausgaben und Waffensystemen Russland klar überlegen. Wer profitiert also von der neuen Aufrüstung?

Ganz sicher nicht die Mehrheit der Bevölkerung, sondern eine Rüstungslobby aus Politik, Industrie und Militär, für die der Angstzustand das beste Geschäftsmodell bleibt. Zentralisierte Verwaltungssysteme neigen dazu, die Welt um sich herum zu vereinfachen, die eigenen Möglichkeiten zu überschätzen und andere Sichtweisen nicht zu akzeptieren. So entsteht ein in sich geschlossenes System von Sonderinteressen, das kaum reformierbar ist.

Quelle: [taz](#)

8. **Wird die Schweiz aus Schaden klug?**

Nach der Veröffentlichung des Buchs «F-35 Absturz mit Ansage. Ein staatspolitischer Skandal», in welchem Nationalrat Pierre-Alain Fridez seine Beobachtungen aus der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats zusammenfasste, können wohl kaum mehr Zweifel daran bestehen, dass bei der Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs durch die Schweiz und namentlich beim Typenentscheid zugunsten des US-amerikanischen Mehrzweckkampfflugzeugs F-35 Lightning II nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist (1). Die Flugzeugbeschaffung kleinerer Staaten wie der Schweiz ist weniger eine technische oder politische, sondern eine strategische Entscheidung, bei der Aspekte wie Versorgungssicherheit, Weiterentwicklungsmöglichkeiten und Zeitmanagement wichtiger sind als technische Details – weshalb die aktuelle Beschaffungspolitik und der Zeitdruck rund um den F-35 kritisch zu sehen sind.

Quelle: [Globalbridge](#)

9. **“Shutdown” in den USA Bund will Gehalt der US-Armee-Beschäftigten zahlen**

Rund 12.000 Zivilbeschäftigten der US-Streitkräfte in Deutschland droht wegen der Haushaltssperre in den USA ein Ausfall ihrer Gehälter. Die Bundesregierung will das

Geld vorstrecken – es geht um mehr als 40 Millionen Euro.

Quelle: [tagesschau](#)

10. **Riesige CO₂-Emissionen: Superreiche für mehr CO₂ verantwortlich als 118 Länder**

Die reichsten Menschen stoßen viel mehr CO₂ aus als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, sagt ein neuer Oxfam-Bericht. Das liegt auch an ihren Vermögen und Aktienportfolios.

Der CO₂-Ausstoß der reichsten Menschen sprengt das verbleibende CO₂-Budget, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten, das im Pariser Klimaabkommen vereinbart wurde: Würden alle so viel CO₂ emittieren wie das am besten verdienende Hundertstel der Weltbevölkerung, wäre das Budget innerhalb von drei Monaten aufgebraucht. Das geht aus einem Bericht der Entwicklungsorganisation Oxfam hervor, der am Dienstag veröffentlicht wurde.

Quelle: [taz](#)

dazu: **Mein Jet, meine Yacht, mein CO₂-Fußabdruck**

Oxfam-Bericht: Milliardäre richten den Planeten doppelt zugrunde: Einmal durch Raubbau, ein zweites Mal durch exzessiven Konsum. Alle atmen wir dieselbe Luft. Verpestet wird sie allerdings nur von einigen wenigen, nämlich Reichen. Diesen Missstand hat die Nichtregierungsorganisation Oxfam am Dienstag mit eindrücklichen Zahlen abermals nachgewiesen.

Quelle 1: [junge Welt](#)

Quelle 2: [Oxfam](#)

11. **„Nicht der Untergang der Menschheit“: Bill Gates ändert offenbar seine Haltung zum Klimawandel**

Bislang galt er als entschlossener Verfechter von Klimaschutz-Maßnahmen: Bill Gates warnt nun vor „Weltuntergangsstimmung“ in Sachen Erderwärmung – und wendet sich einem anderen Thema zu.

Der US-Milliardär Bill Gates scheint seine Haltung zu den Risiken des Klimawandels teilweise geändert zu haben. Der Microsoft-Mitgründer, der bereits Milliarden seines eigenen Vermögens investiert hat, um auf die Gefahren des Klimawandels aufmerksam zu machen, wendet sich in einem Schreiben auf seiner Website „Gates Notes“ vom Dienstag nun gegen das, was er als „Weltuntergangsstimmung“ im Zusammenhang mit der Erderwärmung bezeichnet.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

dazu: **Hat Bill Gates plötzlich etwas gegen Klimapolitik?**

Aus der Klimafinanzierung will sich Gates also wohl zurückziehen. Im März wurden bereits einige Mitarbeiter seiner Klimainitiative Breakthrough Energy entlassen, deren Fokus auf Innovationen im Bereich grüner Energie und Treibhausgasreduktionen liegt. Quelle: [taz](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Der angebliche Menschenfreund Gates zieht sich aus dem Klima-Thema zurück – entsprechend groß ist der Aufschrei. Da fürchten offensichtlich einige um ihre Einnahmen, oder?*

12. **„Pfizergate“: EU-Lobbyist zeigte von der Leyen an - Banken sperren jetzt seine Konten**

Ex-Lobbyist Frédéric Baldan klagte gegen die EU-Kommissionschefin im „Pfizergate“ - und plötzlich blockieren Banken seine Konten. Zufall oder Einschüchterung?

Im April 2023 reichte der ehemalige Lobbyist Frédéric Baldan eine Strafanzeige gegen die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, bei einem Untersuchungsrichter in Lüttich ein. Baldan beschuldigte von der Leyen des Amtsmissbrauchs, der Vernichtung öffentlicher Dokumente und der Korruption. Dies steht im Zusammenhang mit den Ermittlungen rund um den sogenannten „Pfizergate“-Skandal, bei dem geheime SMS zwischen von der Leyen und dem Pfizer-Chef Albert Bourla zum Impfstoff-Deal über 1,8 Milliarden Corona-Impfstoffdosen, im Wert von etwa 35 Milliarden Euro, geführt haben sollen.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

13. **mRNA: „Spike-Proteine nach Impfung offenbar lange in Blut und Gewebe“**

Fachleute aus fünf Kontinenten fordern offene Diskussion und umfassende Evaluierung der mRNA-Impftechnologie.

Am 12. Oktober fand die internationale Pressekonferenz „World Journey of Truth about mRNA Vaccines“ statt, mit mehr als 30 namhaften Mediziner, Wissenschaftlern und Juristen aus fünf Kontinenten – darunter Vertreter aus Neuseeland, Australien, Japan, Thailand, Südafrika, mehreren europäischen Ländern und den USA – kamen virtuell zusammen, um ihre Erfahrungen, Einschätzungen und wissenschaftlichen Beobachtungen zur Entwicklung und Anwendung von mRNA-Technologien zu teilen.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

14. **Abschiebehaft ohne richterliche Anordnung verfassungswidrig**

Schon länger setzt die Politik auf mehr Abschiebungen. Dabei sind jedoch zwingend die Grundrechte der Betroffenen zu beachten, stellt das BVerfG nun in mehreren Fällen klar. Dies gilt umso mehr bei Abschiebehaft.

Die Festnahme mehrerer Personen, die abgeschoben werden sollten, war mangels richterlicher Haftanordnung sowie in zwei Fällen mangels gesetzlicher

Ermächtigungsgrundlage verfassungswidrig. Das hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschieden und mehreren Verfassungsbeschwerden stattgegeben (Beschl. v. 04.08.2025 und 05.08.2025, Az. 2 BvR 329/22, 2 BvR 330/22, 2 BvR 1191/22).

Quelle: [LTO](#)

dazu: **Festnahmen bei Abschiebungen: Der Rechtsstaat wird mitabgeschoben**
Karlsruhe pocht bei Festnahmen rund um Abschiebungen auf Kontrolle durch Gerichte – zu Recht. Menschen in Abschiebungshaft mögen kein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, sie sind dennoch Menschen mit Rechten.

Quelle: [tagesschau](#)

15. »Die AfD will die NS-Zeit entsorgen... «

In einer Zeit, in der rechte Populisten und die AfD die deutsche Erinnerungskultur beenden möchten, wendet sich Helmut Ortner gegen jede Verharmlosung und Relativierung der NS-Vergangenheit. Die »Entsorgung« der NS-Zeit« möchte er nicht akzeptieren. [...]

„Das Beenden unserer Erinnerungskultur gehört zum Weltbild der AfD. Sie nennt die Verbrechen der Nationalsozialisten vor dem Hintergrund der „tausendjährigen deutschen Geschichte“ einen „Vogelschiss“, wie es ihr Ehrenvorsitzender Alexander Gauland getan hat und fordern eine „180-Grad-Wende“ in Erinnern der deutschen Geschichte, wie es Björn Höcke formulierte. Aus den Hitler-Deutschen wird ein »verführtes deutsches Volk«, aus Tätern und Mit-Tätern – werden einfache pflichtbewusste Soldaten und patriotische Befehlsempfänger, der Widerstand gegen das Hitler-Regime – zumal des Widerstands aus dem kommunistischen Umfeld – wird als Verrat an der Heimatfront denunziert. Eine Vergangenheitsinterpretation, die NS-Verbrechen negiert, verharmlos und umdeutet. Es geht um die Entsorgung der NS-Zeit. Das sollten und dürfen wir nicht akzeptieren.“

Quelle: [pressenza](#)